

Ausgabe: 25.8.2016 Nr. 164

Gastkommentar

Zurück zu Europas Wurzeln



Brüssel darf die Verantwortlichkeit des Einzelnen nicht durch kollektive Ordnungspolitik ersetzen, fordert **Philipp zu Guttenberg**.

Prinzipien wie das in der katholischen Soziallehre verwurzelte Subsidiaritätsprinzip oder auch das „pacta sunt servanda“ des römischen Rechtsgelehrten Ulpian scheinen in Brüssel immer weniger zu gelten.

An uns Waldeigentümern, die eine 300 Jahre währende Expertise mitbringen und sich auf den Erfinder des Begriffs „Nachhaltigkeit“, auf Hans Carl von Carlowitz, berufen können, lässt sich zeigen, was in Europa schief läuft und wie man das ändern könnte: „Back to the roots!“ wäre da mein Rat. Hier ein Beispiel aus unserem forstlichen Tagesgeschäft, das in Richtung der legendären EU-Bananenkrümmungsrichtlinie geht: Biomasse.

Die Kommission möchte aktuell Nachhaltigkeitskriterien für feste Biomasse definieren. Biomasse als zentraler Pfeiler der Energiewende ist in Deutschland und dem Großteil unserer europäischen Partnerländer ein Nebenprodukt nachhaltiger Waldbewirtschaftung. Sie fällt an, sie wird nicht extra produziert! Damit wird das über Jahrhunderte gewachsene ganzheitliche System der nachhaltigen Waldbewirtschaftung ausgehebelt und

ein bürokratisches Monster entfesselt.

Ohne Not wird supranational in gut funktionierende marktwirtschaftliche Abläufe eingegriffen und deklariert, welcher Baum in einem dänischen oder mecklenburgischen Waldstück gepflanzt, geerntet und wie er vermarktet werden darf.

Während in der belgischen Metropole Entscheidungen in großen Tintenburgen fallen, wird lokale Expertise – im geschilderten Fall die Expertise von rund 16 Millionen Waldeigentümern in Europa – außen vorgelassen. Daher: Entscheidungen müssen wieder an den Stellen getroffen werden, wo sie hingehören. Die Verantwortlichkeit des Einzelnen darf nie durch kollektive Ordnungspolitik ersetzt werden, denn die Stärke eines vereinten Europas besteht in der Achtung der Freiheit, des Eigentums und der Mündigkeit seiner Bürger!

Folglich sollte sich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker an seine Versprechungen bei seinem Amtsantritt halten und sich auf die großen Themen fokussieren. Dazu zählen das Management der Flüchtlingskrise, die Abwehr des Terrorismus, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Demokratisierung der europäischen Institutionen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Unsere EU ist großartig statt kleinteilig.

Ermutigend ist, dass die Mehrheit der Deutschen – laut jüngster Allensbach-Umfrage fast 80 Prozent – für die EU ist. Auf diese Stimmen sollte Brüssel hören. Und daran arbeiten, Populisten nicht Schneisen zur nationalistischen Bebauung freizuschlagen.

**Der Autor ist Präsident der AGDW – Die Waldeigentümer und Vizepräsident des europäischen Waldbesitzerverbands CEPF:
gastautor@handelsblatt.com**